

Machen! Was dringend und wichtig ist

Mühlheim am Main 2035

Wahlprogramm der FDP Mühlheim am Main

für ein attraktives Mühlheim mit finanziellem Gestaltungsspielraum

Für die Bürger – Für die Stadt

Legislaturperiode 2026 bis 2031

Vorwort	3
Unsere Leistungsbilanz!	4
Wirtschaftsförderung etabliert!	4
Erbbau geregelt!	5
Innenstadtentwicklung gestaltet und Vorkaufsrecht etabliert	5
Kulturangebot gefördert!	6
Sitzungsgelder gedeckelt!	6
Finanzen und Wirtschaft	7
Bürgern und Unternehmen darf kein Euro mehr genommen werden, als die Stadtverwaltung zwingend braucht!	7
Gründerzentrum im Rathaus	8
Donsenhard	8
Rechenzentren	9
Bauen, Wohnen, Leben, Stadtentwicklung	10
Wohnbau	10
Hotel in S-Bahn Nähe	10
Augenwald	11
Ansiedlung	11
Innenstadt	12
Kultur	13
Willy-Brandt-Halle	13
Kultur	13
Kultur hat Verfassungsrang	13
Digitalisierung	15
Städtischer CIO	15
Verkehr	16
B43	16
Mainquerung - Fähre	17
Lämmerspiel	17
Das Mainufer	17
Natur, Umwelt, Klima und PV Anlagen	19
Umwelt- und Klimaschutz gelingt nur marktwirtschaftlich	19
Freizeit und Sport	20
Bildung, Kinder und Jugendliche	20
Vereine, Bürgerengagement und Ehrenamt	21
Integration Inklusion Gleichstellung	21
Integration - fördern und fordern	21
Sicherheit und Ordnung	23

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Mühlheim am Main ist einzigartig, lebenswert und liebenswert! Wir haben die Nähe zum Fluss, die Mainauen, Wälder und mit den Dietesheimer Steinbrüchen ein Naherholungsgebiet, welches auch über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannt ist. Mit einer guten Straßenanbindung und mit einer noch besseren S-Bahn-Versorgung, die uns direkt von Hanau über Offenbach, Frankfurt, den Hauptbahnhof und den Flughafen in einer Ost-West Tangente mit der Landeshauptstadt Wiesbaden verbindet, ist Mühlheim besser in den großstädtischen Raum integriert als viele andere Gemeinden im Landkreis.

Mühlheim ist und bleibt eine lebenswerte Stadt, aber sie hat diesen Standortvorteil in den letzten Jahrzehnten leider nur eingeschränkt zu nutzen gewusst. Erst die Allianz für Mühlheim hat hier einen großen Schritt nach vorne getan!

Wir von der FDP sind nach den Erfahrungen der auslaufenden Legislaturperiode davon überzeugt, dass die mangelhafte Nutzung des Standortvorteils im Wesentlichen daran lag, dass die Herausforderungen, welche vor uns lagen, nicht hinreichend priorisiert wurden.

Daher haben wir als Mühlheimer FDP unser Wahlprogramm mit „Machen! Was dringend und wichtig ist!“ betitelt. Gemäß der sog. „Eisenhower Matrix“ wollen wir, wie auch schon in der auslaufenden Legislaturperiode, im Stadtparlament darauf einwirken, dass die anstehenden Aufgaben gemäß ihrer Dringlichkeit und Wichtigkeit bearbeitet werden. Wir können die anderen Fraktionen natürlich nicht zwingen, aber es muss endlich Schluss sein mit sinnlosen, überflüssigen und kostspieligen Anträgen.

Natürlich leidet auch unsere Heimatstadt massiv darunter, dass Bund und Land den Kommunen immer neue Lasten aufbürden und diese dann gar nicht, zu spät und unzureichend finanzieren.

Auch mit den angekündigten 10,5 Millionen € aus dem „Sondervermögen“ des Bundes steht unsere Heimatstadt weiterhin finanziell mit dem Rücken zur Wand und wir befürchten, dass dieser „Geldsegen“ wieder einmal Begehrlichkeiten wecken wird.

Ein Teil unserer Finanzmisere ist hausgemacht und es hätte niemals so weit kommen dürfen. Jahrzehntelang gab es keinerlei Bemühungen, den Exodus von Gewerbesteuerzahlern aufzuhalten, geschweige denn neue anzusiedeln. Gerade im Angesicht der vielen Schuldenmillionen muss endlich Schluss sein mit dem Wunsch mancher Akteure, immer neue Millionengräber aufmachen zu wollen, und es muss Schluss sein mit dem Wunsch nach „Gefälligkeitsinvestitionen“, um die eigene Wählerklientel zufrieden zu stellen.

Die Gelder aus dem Sondervermögen müssen Projekten vorbehalten bleiben, welche die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig verbessern!

Auch für den Erhalt der städtischen Infrastruktur, für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften, für die Kinderbetreuung, und für sinn- und maßvolle Investitionen in den Sport, die Kultur und unsere Vereine kann Geld aufgewendet werden. Alles andere muss warten!

Unsere Leistungsbilanz!

Die Legislaturperiode 2021/2026 liegt hinter uns. Eine sehr bewegte Legislaturperiode, die zu Beginn noch von der Corona-Pandemie und dann von heftigen Turbulenzen im Energiemarkt geprägt war. Unser neues Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode ist Anlass genug, unser Engagement und unsere Leistungsbilanz für Mühlheim und die Bürgerinnen und Bürger zunächst einmal zusammenzufassen.

Die Legislaturperiode startete im April 2021, im 10. Amtsjahr von Bürgermeister Daniel Tybussek. Die Arbeit verteilte sich auf zwei Mandatsträger, Michael Bill und Dr. Bernd Falk, sowie den beiden sehr engagierten Vorstandsmitgliedern des FDP-Ortsverbands Marcus Krüger, Peter Becker und Michael Sawade.

Wir möchten an dieser Stelle die Kernthemen vorstellen, bei denen wir die treibende Kraft in der Allianz für Mühlheim waren. Ohne eine FDP-Fraktion im Stadtparlament wären diese Themen nicht auf die Tagesordnung gekommen und es hätte hierzu mit großer Wahrscheinlichkeit keine Veränderungen gegeben.

Wirtschaftsförderung etabliert!

Bereits mit Vorlagen des ersten Haushaltsentwurfs durch den damaligen Bürgermeister Tybussek wurde offensichtlich, dass es in Mühlheim nicht einmal eine Wirtschaftsförderung gibt. Im Haushalt wurden spärliche 0,5 Stellen ausgewiesen. Laut einer Umfrage des Deutschen Städte- und Gemeindebundes statten Städte unserer Größe ihre Dezernate für Wirtschaftsförderung im Durchschnitt mit 1,5 Stellen aus. In Mühlheim gab es ein solches Dezernat noch nicht einmal!

Mühlheim konnte leider andere Rekorde aufweisen. Beispielsweise die nahezu geringsten Gewerbesteuerereinnahmen und daraus resultierend 2021 die Spitzenposition bei den Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Man partizipierte in erheblichem Maße vom Wohlstand, der in anderen Gemeinden hart erwirtschaftet wurde.

Die Antwort auf unsere erste Anfrage an Ex-Bürgermeister Tybussek zu den wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Stadt war ernüchternd. Genannt wurden uns für das Jahr 2020 in Summe zwei sogenannte „Marketingmaßnahmen“, die Weihnachtsbeleuchtung und die Gutscheinaktion der GMF für über 70-jährige Mühlheimerinnen und Mühlheimer. Das Einnahmenproblem der Stadt wurde entweder überhaupt nicht verstanden oder schlichtweg ignoriert. Die kommunalpolitischen Ziele und Prioritäten, das wurde uns schnell bewusst, waren in Mühlheim am Main anders gesteckt.

Mit Dr. Alexander Krey als Bürgermeister haben wir einen starken Mitstreiter für den Aufbau einer echten Wirtschaftsförderung gewinnen können.

Dr. Krey hat dann das Thema Wirtschaftsförderung und Gewerbeentwicklung an die oberste Stelle seines 10-Punkte-Programms zur Bürgermeisterwahl gestellt und dies dann auch unmittelbar nach Amtsantritt konsequent umgesetzt. Wir haben in Mühlheim nun endlich eine kompetente Wirtschaftsförderung, die diesen Namen auch verdient.

Erbbau geregelt!

Der Umgang mit unseren Erbbaurechten wurde mehr als sträflich vernachlässigt. Man sah auch bei diesem Thema weder die Notwendigkeit noch die Verpflichtung, hier etwas zu tun. Während manche Marginalien mit einer eigenen Satzung bedacht wurden, gab es für stadteigene Grundstücke im Gegenwert von rund 200 Mio. Euro nicht ein einziges Blatt Papier, auf dem die Vorgehensweise bzgl. Vergabe, Verlängerung oder Heimfall beschrieben wurde.

Als Konsequenz dieser vollkommenen Intransparenz bei der Verwaltung der Erbbaugrundstücke kam es in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zu unnötigen Konflikten zwischen dem ehemaligen Bürgermeister Tybussek und den Stadtverordneten der Allianz für Mühlheim.

Das Thema Erbbaurechte ist inzwischen auf unsere Initiative hin geregelt. Es gibt ein abschließendes Regelwerk, welches von der Stadtverordnetenversammlung legitimiert ist. Damit besteht Transparenz und die Gleichbehandlung der Erbbaurechtsnehmer wird sichergestellt. Einmal geregelt darf aber nicht bedeuten, dass das Thema abgehandelt und der Verwaltung überlassen ist. Die politischen Gremien sind aufgefordert, dieses permanent im Auge zu behalten.

Beide Maßnahmen, der Aufbau der Wirtschaftsförderung und die Regelung des Umgangs mit dem vorhandenen Grundvermögen, sind für den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt unerlässlich.

Innenstadtentwicklung gestaltet und Vorkaufsrecht etabliert

Aber was nützt es, wenn die Stadt trotzdem ohne langfristig angelegtes städtebauliches Konzept verbaut wird? Wenn externe Investoren-Konzerne Grundstücke mit Wohnblöcken zubauen und dabei die Verwaltung und die Eigentümer der über Jahrzehnten entstandenen Bestandsimmobilien übervorteilen. In Mühlheim standen die Verwaltung und die politischen Gremien „wie Schulbuben“ daneben und mussten zusehen, wie die gesetzlichen Möglichkeiten des Baurechts bis an die Grenzen des Zulässigen ausgenutzt wurden. Statt zu handeln wurde debattiert und im besten Fall mit sog. städtebaulichen Verträgen kaschiert. Das eigentliche Instrument, welches der Gesetzgeber für seine Städte und Gemeinden vorgesehen hat, das besondere Vorkaufsrecht, wurde in Mühlheim erst von uns auf die Tagesordnung gesetzt. Alle anderen Fraktionen hatten sich bis dato in keiner Weise damit befassen. Selbst nach den Erfahrungen mit der Bebauung des ehemaligen Waitz-Geländes in Lämmerspiel wurde die Möglichkeit einer Aufstellung von Vorkaufsrechtssatzungen nicht in Betracht gezogen.

Es ist unser Verdienst, wenn die Stadt in Zukunft aktiv in die Stadtplanung eingreifen kann. Wir waren und sind die treibende Kraft. Wir alleine haben den politischen Willen dazu aufgebracht – auch gegen den Widerstand aus der Verwaltung.

Kulturangebot gefördert!

Seit Jahren war bekannt, dass die Willy-Brandt-Halle hochdefizitär ist. Anstatt in kreativen Lösungen zu denken und die Ursache anzugehen, wurde das Problem von Haushalt zu Haushalt vor sich hergeschoben.

Auf maßgebliche Initiative der FDP Mühlheim hin konnte nach langer Agonie endlich begonnen werden, das Bürgerhaus Willy-Brandt-Halle zu einem Veranstaltungsort zu entwickeln, welcher nicht nur das kulturelle Leben in Mühlheim erweitert, sondern sich auch der Kostendeckung annähert. Es wurde ein attraktives Nutzungspaket geschnürt, welches das völlig aus der Zeit gefallene alte ersetzt. Es erlaubt den Vereinen in Zukunft, bei kalkulierbaren Kosten, die Willy-Brandt-Halle vernünftig zu nutzen.

Sitzungsgelder gedeckelt!

In Mühlheim hat die Abrechnungspraxis über Jahrzehnte stets problemlos funktioniert. Eine eventuelle Begrenzung der Sitzungen war nie erforderlich gewesen. Mit Einzug der AfD in das Stadtparlament hat sich dies jedoch geändert.

Mit unserer Anfrage im Dezember 2022 zu Auszahlungen an kommunale Mandatsträger gemäß der Entschädigungssatzung konnten wir eine vollkommen inakzeptable Abrechnungspraxis aufdecken. Die Zwei-Mann-AfD-Fraktion hatte im Zeitraum Januar bis September 2022 tatsächlich 91 Fraktionssitzungen abgerechnet. Das sind im Durchschnitt 2,4 Sitzungen pro Woche. Die Notwendigkeit einer derart hohen Anzahl von Fraktionssitzungen für die kommunalpolitische Arbeit erschien mehr als fraglich.

Zum Vergleich:

Die anderen Fraktionen kamen im Mittel auf zwei, maximal drei Sitzungen pro Monat.

Als Konsequenz auf unsere Anfrage wurde in der nächstfolgenden Stadtverordnetenversammlung die Entschädigungssatzung geändert. Die Anzahl anrechenbarer Fraktionssitzungen wurde auf 60 Sitzungen pro Jahr begrenzt, um weiterem Missbrauch durch die AfD künftig Einhalt zu gebieten. Aus unserer Sicht ist dies mehr als ausreichend.

Finanzen und Wirtschaft

Bürgern und Unternehmen darf kein Euro mehr genommen werden, als die Stadtverwaltung zwingend braucht!

Libérale Kommunalpolitik verfolgt das Ziel, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in Mühlheim stetig zu verbessern. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass der politische Gestaltungswille auf einem soliden finanziellen Fundament aufbauen kann. Die FDP Mühlheim fühlt sich deshalb einem besonders verantwortungsvollen Umgang mit den von den Bürgern entrichteten Steuern und Abgaben verpflichtet, um finanzielle Handlungsspielräume für die wesentlichen Zielsetzungen kommunaler Politik zu schaffen und zu erhalten.

Als die FDP 2021 wieder ins Stadtparlament einziehen durfte, haben wir nicht mit unseren exorbitanten Schuldenständen, mit den miserablen Einnahmen aus der Gewerbesteuer und mit dem bescheidenen Steueraufkommen aus der Einkommenssteuer gerechnet.

Wir haben auch nicht damit gerechnet, dass wir zu einem erheblichen Teil vom Geld anderer Leute, nämlich aus dem kommunalen Finanzausgleich leben. Und selbstverständlich auch auf die deprimierenden Platzierungen im kommunalen Finanz-Ranking hingewiesen.

Und wir haben schon gar nicht damit gerechnet, dass der letzte Bürgermeister und Kämmerer der Stadt ein 5,5 Millionen € schweres Kuckucksei ins Nest gelegt hatte. Die Zweckentfremdung von als Investitionen deklarierten Schulden für Haushaltszwecke kann eigentlich kein unglücklicher Zufall gewesen sein. Die FDP wird in jedem Falle in der kommenden Legislatur versuchen, einen Akteneinsichtsausschuss gemäß HGO § 50 Abs. 2 Satz 2 einzusetzen.

Um finanziell handlungsfähig zu werden, muss sich die Stadt wieder auf ihre Kernaufgaben besinnen. Dazu zählen die städtische Infrastruktur, Sicherheit und Ordnung sowie die Dienstleistungen der Stadt für ihre Bürger.

Ausgaben im Haushalt unserer Stadt müssen in Zukunft vorrangig danach bewertet werden, ob sie die Innovations- und Ertragskraft der kommunalen Wirtschaft der Stadt stärken. Investitionen in die Ansiedlung neuer Gewerbetreibender sowie in die Infrastruktur haben Vorrang vor konsumtiven Ausgaben und Selbstdarstellungsprojekten der früheren stadtverantwortlichen Politik. Mühlheim hat im Vergleich zu vergleichbaren Kommunen zu wenig Arbeitsplätze innerhalb der eigenen Stadtgrenzen und auch deutlich weniger hochqualifizierte Einwohner! Daher muss die Entwicklung des "Donsenhard" endlich Priorität erlangen. Mit Hilfe der Hessischen Landgesellschaft (HLG) kann dies gelingen.

10,5 Millionen € aus dem sogenannten Infrastruktur "Sondervermögen" gehen an Mühlheim. Hinzu kommt die Soforthilfe des Landes Hessen in Höhe von 908.000 €, eine Entschuldung um bis zu 22,5 Mio. € und rund 2.8 Mio. € aus dem Kommunalinvestitionsprogramm. In Summe kann unsere Heimatstadt laut hessischen Finanzministerium mit fast 20 Millionen € Zuweisung rechnen. Die FDP wird darauf dringen, dass diese ausschließlich zielgerichtet eingesetzt werden.

Im Rahmen des Vergaberechts sollte die Stadt penibel darauf achten, dass gerade auch lokale Unternehmen von den "Sondervermögen" Millionen profitieren können. Das sichert Arbeitsplätze in Mühlheim und fließt als Gewerbesteuer zurück in die Stadtkasse!

Eine weitere Erhöhung jedweder Steuern lehnen wir ab. Allerdings würde jede politische Gruppierung lügen, wenn sie nicht einräumen würde, dass in der kommenden Legislaturperiode eine Erhöhung der Grundsteuer unumgänglich sein wird. Es ist schon heute abzusehen, dass es dazu keine Alternative geben wird, sofern nicht Bund und Land endlich ihren Verpflichtungen langfristig nachkommen und die Kommunen auskömmlich finanzieren.

Gründerzentrum im Rathaus

Wir Freien Demokraten in Mühlheim am Main setzen uns für die Einrichtung eines Gründerzentrums im Rathaus oder in einer anderen städtischen Liegenschaften ein. Wichtig ist uns hierbei die Förderung von Gründungen sowie die Verbesserung der Bedingungen für Start-Ups in Mühlheim.

Ziel ist es, Start-Ups sowie jungen Unternehmen Hilfestellung in einem gründerfreundlichen Klima anzubieten.

Dazu gehören

- eine organisatorische und leistungsstarke - insbesondere digitale - Infrastruktur (z.B. Büroflächen, Internet, Meetingräume, Anbindung an den ÖPNV)
- Dienstleistungen rund um das Unternehmen (z.B. Sekretariatsservice)
- Finanzierungshilfen (z.B. günstige Mieten, Fördermittelmanagement)
- Managementberatung (Networking, Kontaktvermittlung, Kooperationsberatung) etwa durch die ansässige Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftsförderung.

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Förderung des regionalen Strukturwandels hin zu technologieorientierten Unternehmen, der Entwicklung von Netzwerkstrukturen und Synergien, der Technologie- und Wissenstransfer zwischen Unternehmen sowie die Schaffung von neuen qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und damit die Vermeidung des Abwanderns qualifizierter Arbeitskräfte. Hierdurch soll die Offenheit für Innovationen, Kreativität und eine hohe Lebensqualität entstehen.

Donsenhard

Die Entwicklung des Gewerbegebietes Donsenhard erweist sich bislang als problematisch, was sich u.a. durch die zersplitterten Eigentumsverhältnisse erklärt. Daher liegt diese Maßnahme schon seit langem brach, vermutlich aber auch, weil die personellen Ressourcen im Fachbereich VII nicht ausreichend sind. Im kommenden Jahr 2027 jährt sich der Beschluss zum Bebauungsplan 63 zum dreißigsten Mal und wir denken, dass das jetzt lang genug ist.

Dabei ist der Ausbau des Donsenhard als letztes Areal, welches als Gewerbegebiet dienen kann, alternativlos.

Die äußerst prekäre finanzielle Lage der Kommune ist dringend auf die Erschließung neuer Einnahmequellen durch die Ansiedlung solventer Unternehmen angewiesen. Dies geht nur

noch im Donsenhard. Daher muss die Erschließung unmittelbar sofort die höchste Priorität über ausnahmslos allen anderen Investitionsvorhaben erlangen.

Rechenzentren

Aus einer Anfrage der FDP Fraktion an den damaligen Bürgermeister vom Juni 2022 geht hervor, dass man wegen der "geringen Personaldichte pro qm" sowie wegen des "CO2-Abdrucks" kein Interesse an der Ansiedlung von Rechenzentren hat. Wir wissen zwar nicht, was der damalige Bürgermeister glaubt, woher die ganzen IT Leistungen kommen die er täglich nutzt, aber wir wissen, dass diese Betrachtungsweise ziemlich kurzsichtig war.

Fast ein Drittel aller deutschen Rechenzentren sind im Großraum Frankfurt konzentriert und schaffen Arbeitsplätze und eine solide Einkommensbasis für die Kommunen. In Summe hängen in der Region etwa 4000 Arbeitsplätze an dieser Branche. Jeder erwirtschaftete Euro stößt laut Studie zur regionalökonomischen Bedeutung der Rechenzentrumsbranche weitere 51 Cent an wirtschaftlicher Leistung an - davon 24 Cent direkt in der Region. Bis 2030 soll die Zahl der Standorte um 47% von 76 auf 112 steigen - und das besonders in den Landkreisen Offenbach, Main-Taunus, Groß-Gerau und Main-Kinzig.

Neben den Arbeitsplätzen und dem Steueraufkommen kann natürlich auch sekundärer Nutzen, wie zum Beispiel der sinnvolle Verbrauch der Abwärme entstehen.

Nun können wir natürlich zuschauen, wie andere Kommunen uns zuvor kommen, oder wir können aktiv die wenigen zur Verfügung stehenden Flächen vermarkten und den Donsenhard erschließen.

Unter dem letzten SPD Bürgermeister hatte der Donsenhard keine Priorität, aber auch die Allianz für Mühlheim hat es zugelassen, dass nichts passiert ist.

Wir müssen als Kommune zwischen Hanau, Offenbach und Frankfurt Führung übernehmen bei der zukünftigen Strategie zur Ansiedlung von Rechenzentren. Die IHK kann hier ein wichtiger Partner für uns sein.

Bauen, Wohnen, Leben, Stadtentwicklung

Wohnbau

Die Wohnbau GmbH der Stadt Mühlheim leistet einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Gemeinwohl, indem sie bezahlbare Wohnungen für Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger vorhält, die sich am freien Wohnungsmarkt eventuell schwer tun würden. Zum Ende des Jahres zählte die Wohnbau 1369 Wohnungen in ihrem Bestand, davon sind nahezu 40% oder 546 öffentlich gefördert.

Die Richtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung (in ihrer aktuellen Fassung) sieht bei einer kommunalen Finanzierungsbeteiligung in Form der Bereitstellung von Grundstücken im Erbbaurecht Zinsen von bis zu 1,0% des Bodenwertes p.a. (für Mietwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen) bzw. bis zu 1,4% (für Mietwohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen) vor.

Diese Richtwerte werden in Mühlheim in erheblichem Maße unterschritten. Wir stehen zu gefördertem Wohnungsbau für einkommensschwache Schichten. Wir sind aber der Auffassung, dass sich die Stadt bei der Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht, zum Zwecke des geförderten Wohnungsbaus, an den Richtlinien des Landes orientieren muss. Es darf nicht sein, dass eine weit überdurchschnittliche Subventionierung des geförderten Wohnungsbaus zu Lasten eines ohnehin angespannten städtischen Haushalts, und damit zu Lasten aller Einwohner, erfolgt. Dies ist aus unserer Sicht nicht gerecht.

Darüber hinaus kommt Mühlheim mit der städtischen Wohnbau GmbH seiner Verpflichtung zur Bereitstellung von hochwertigem, modernem und bezahlbarem Wohnraum mehr als vorbildlich nach. In Mühlheim befinden sich annähernd 15% des geförderten Wohnraums des gesamten Landkreises Offenbach, obwohl hier nur etwas über 8% der Einwohner des Landkreises leben. (vgl. Wohnraumförderbericht des Landes Hessen)

Fazit: Mühlheim am Main hat anteilig 1,8-mal mehr öffentlich geförderten Wohnraum als der Landkreis Offenbach und anteilig 1,5-mal mehr als das Land Hessen!

Wir Freien Demokraten begrüßen diese Tatsache. Damit ist aber auch eine weitere Erhöhung des Bestandes an geförderten Wohnungen in Mühlheim nach unserer Überzeugung aktuell nicht notwendig. Hier sind andere Kommunen im Landkreis gefordert, ihren Verpflichtungen entsprechend nachzukommen. Für Mühlheim muss der Schwerpunkt in Zukunft auf den Erhalt und die Pflege, und nicht die Erweiterung seines vorhandenen Bestandes liegen.

Hotel in S-Bahn Nähe

Spätestens seit der Schließung des "Waitz" ist die Hotellandschaft in Mühlheim eher überschaubar. Ein vernünftiges "Business"-Hotel in Mühlheim wäre mithin auch eine Belebung der lokalen Wirtschaft.

Einträgliche Veranstaltungen wie zum Beispiel kleinere Messen in der Willy-Brandt-Halle scheitern daran, dass es zu wenige Betten in Mühlheim gibt. Auch die Nähe zur Messestadt Frankfurt und der Lederwarenmesse Offenbach wären ein klarer Standortvorteil. Daher werden wir uns für die Ansiedlung eines Hotels in S-Bahn Nähe einsetzen.

Augenwald

Das Augenwaldgebiet wurde 2023 im Zuge des Beitritts zum "Großen Frankfurter Bogen" von einer Bebauung ausgenommen. Die aktuelle Lage zwingt uns zum Umdenken.

Im Angesicht von knappem Wohnraum und fehlenden Gewerbeflächen und vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Mühlheim in absehbarer Zeit seine finanziellen Verpflichtungen nicht mehr wird stemmen können, sollte die Stadtgesellschaft die Beschlusslage kritisch prüfen, hier keine weiteren Baugebiete mehr auszuweisen. In Deutschland fehlen rund 1.4 Millionen Wohnungen und nur um dieses Defizit abzubauen, müssten bis 2030 jedes Jahr 400.000 Wohnungen gebaut werden. Unter dieser Prämisse können wir uns in Mühlheim nicht hinstellen und auf unsere Baulücke am Rande des Offenbacher Stadtwaldes pochen.

Natürlich ist der Erhalt einer unbebauten Grünfläche wünschenswert, aber eine sorgsam geplante und zurückhaltend durchgeführte Bebauung ist nach unserer Überzeugung durchaus denkbar.

Es ist eine Schande, dass sich junge Familien - im Gegensatz zu den Generationen davor - kein Wohneigentum mehr leisten können. Das Augenwaldgebiet wäre prädestiniert dafür!

Stadtentwicklung

In den letzten Jahrzehnten ist es bereits zu einer massiven Nachverdichtung im Bestand gekommen. Durch die Vorgaben der Stadt, zwei Geschosse plus Staffelgeschoss und auch den Verkauf von Flächen an große Investoren, sind im Stadtgebiet mehr oder minder gleichförmige Baukörper entstanden.

Die kommerziellen Investoren bauen i.d.R. das Maximum dessen, was zulässig ist. Die äußere Form und harmonische Eingliederung in die Bestandsbebauung scheint niemanden so recht zu interessieren. Auch bei der Bebauung des „Waitz-Geländes“ wurde es seitens der Stadt unterlassen, angemessen Einfluss zu nehmen. Dadurch wurden die Grundstücke der unmittelbaren Nachbarn unwiderruflich und inakzeptabel entwertet.

Auf Beschluss der Allianz für Mühlheim wurde das Thema Stadtentwicklung endlich priorisiert. Im Rahmen dessen werden sich die Freien Demokraten weiterhin dafür einsetzen, dass das Bauen auch für Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt. Dafür, dass so etwas wie beim Waitz-Gelände nicht noch einmal geschehen kann, sorgt die von uns Liberalen vorgeschlagene Vorkaufsrechtssatzung.

Ansiedlung

Der Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsstruktur und dem städtischen Haushalt sind in der Öffentlichkeit leider hinlänglich unbekannt. "Bezahlbare" Bauten sind "gute" Bauten, alles was nicht in diese Kategorie fällt ist nur für "Besserverdiener".

Was dabei aber gänzlich vergessen wird ist der Umstand, dass der kommunale Anteil aus der Einkommensteuer eine tragende Säule der Haushalte ist. Gemeinden erhalten 15 % des Aufkommens aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer des jeweiligen Bundeslandes. Zusätzlich gibt es 12 % des Aufkommens aus dem Zinsabschlag (Kapitalertragsteuer, früher Abgeltungsteuer).

Das heißt, die sog. "Besserverdiener" tragen mit ihrer Einkommensteuer überproportional zur städtischen Finanzierung bei und leisten somit einen wertvollen Beitrag dazu, dass auch Familien mit geringem Einkommen gut in unserer Stadt leben können.

Es ist also im vitalen Interesse aller (!), unsere Stadt mit hochwertigem Wohnraum attraktiv zu machen für Menschen mit höherem Einkommen.

Daneben brauchen wir definitiv mehr bezahlbares Bauland für junge Familien. Das ehemalige Waitz-Gelände wäre dafür eine gute Chance gewesen, die leider leichtfertig auf Jahrzehnte hinaus verspielt wurde. Es ist unfair, jungen Familien nicht die Möglichkeit zu geben, in Mühlheim ihren Traum von der eigenen Immobilie zu verwirklichen, so wie es auch die Generationen davor taten.

Innenstadt

Die Corona-Krise hat mehr als dramatisch gezeigt, wie schwer es der Einzelhandel gegen die Internetriesen hat. Die Krise verschaffte den Amazon's und Co. eine Sonderkonjunktur, während Ladengeschäfte schließen mussten.

Mit dem neuen Stadtmobiliar, welches unter der Führung von Bürgermeister Dr. Krey und der Allianz für Mühlheim installiert wurde, erfuhr die Bahnhofstraße eine Belebung, so dass das Einkaufen dort wieder Spaß macht.

Es gibt aus unserer Sicht wenig Gründe, weiterhin Durchgangsverkehr im verkehrsberuhigten Bereich der Bahnhofstraße zu gestatten. Als Anliegerstraße, oder noch besser durch hydraulisch versenkbare Poller, könnte man die Zufahrt ein für alle Mal regeln. Damit hätte man auch einen weiteren Platz für die Außengastronomie gewonnen.

Kultur

Für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik und ein lebenswertes Mühlheim müssen die mannigfaltigen Vorteile, welche Mühlheim zu bieten hat, klar herausgearbeitet und entsprechend beworben werden. So ist neben der guten Verkehrsanbindung und den reichhaltigen Erholungsmöglichkeiten von Mühlheim auch gerade die Kultur der „schlummernder Riese“ welcher Mühlheim zu der Bekanntheit verhelfen kann, die uns zusteht!

Willy-Brandt-Halle

Auf maßgebliche Initiative der FDP Mühlheim hin, konnte nach langer Agonie endlich begonnen werden, das Bürgerhaus Willy-Brandt-Halle (WBH) zu einem Veranstaltungsort zu entwickeln, welcher nicht nur das kulturelle Leben in Mühlheim erweitert, sondern sich auch der Kostendeckung annähert. Die WBH kann niemals vollständig kostendeckend sein, denn sie ist in erster Linie das Haus der Vereine!

Die WBH gehört zu den modernsten Bürgerhäusern der Region, was nicht zuletzt auch einem engagierten Team zu verdanken ist. Wir unterstützen ausdrücklich die Kooperation mit dem Team des Schanz, mit dessen Erfahrung und Netzwerk es gelingen kann, aus der WBH eine feste Größe im Veranstaltungskalender des Rhein-Main-Gebietes zu machen.

Kultur

In dem Wissen, wie Kulturhäuser durch Auflagen und Abgaben behindert und geschröpft werden, bekennt sich die Mühlheimer FDP ausdrücklich zur Kulturförderung durch die Stadt! Dazu zählen insbesondere alternative Kulturangebote, welche wir fördern und unterstützen wollen.

Mit dem Nachfolger von „Gerdas kleine Weltbühne“, „Savira's Showpalast“, dem „Schanz“ und der „Artificial Family“ erreicht die Mühlheimer Kulturszene schon lange überregionale Bedeutung. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass wir mitten im Rhein-Main-Gebiet natürlich mit einer starken kulturellen „Abwanderung“ nach Hanau, Aschaffenburg, Offenbach und natürlich Frankfurt zu kämpfen haben.

Mit dem artHaus in der Brückenmühle konnte eine herausragende neue Kulturstätte eingerichtet werden. Es ist nicht zuletzt der Arbeit des Geschichtsvereins und des FB IV zu verdanken, dass dies möglich wurde. Daher unterstützen wir die enge Zusammenarbeit mit Geschichtsverein und dessen Abteilungen.

Die Stadtbücherei, die Volkshochschule und die Musikschule sind extrem wichtige Pfeiler der kulturellen Bildung und Teilhabe und müssen auf ihrem aktuell hohen Niveau erhalten bleiben und stetig weiterentwickelt werden

Kultur hat Verfassungsrang

Kultur hat in Hessen durch die Verankerung als Staatsziel in unserer Verfassung gemäß Artikel 26e Verfassungsrang! Deswegen werden wir uns - analog zum jüngst beschlossenen Sportstättenentwicklungsplan - dafür einsetzen, dass im FB IV auch ein Kultur- und Kulturstättenentwicklungsplan mit klaren Zukunftsperspektiven für das kulturelle Leben in Mühlheim erstellt und in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird. Im Rahmen

dessen streben wir an, mit Unterstützung der Kulturschaffenden in Mühlheim, sowie dem Fachbereich IV einen "Kultursommer Mühlheim" auszurichten. Die Akquise von Fördergeldern ist mit dem "Kulturfonds Frankfurt-Rhein-Main" möglich und geboten. Es ist darauf zu achten, dass ein Kultursommer in erster Linie und programmatisch für die Mühlheimer Bevölkerung geplant wird.

Digitalisierung

Digitalisierung ist niemals ein Selbstzweck. Vielmehr ist es unser Maßstab, einen Mehrwert und Nutzen für die Bürger zu schaffen. Dies umfasst insbesondere:

- die Verbesserung von Kollaboration und Kommunikation in Stadt und Verwaltung
- die Verbesserung der Serviceleistungen für Bürger und Unternehmen, z.B. die Möglichkeit, viele Anliegen jederzeit online zu erledigen und dadurch Behördengänge und Wartezeiten zu vermeiden
- die Verkürzung von Bearbeitungszeiten
- die Ausweitung niederschwelliger bzw. barrierefreier Angebote
- die Schonung natürlicher Ressourcen (z.B. keine Ausdrucke mehr)

Die digitale Infrastruktur in Mühlheim muss weiter konsequent ausgebaut werden, um Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Heimatstadt in Zukunft wiederherzustellen und langfristig zu sichern. Digitalisieren, Prozesse schlank und transparent gestalten muss im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Vorrang haben.

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ab 2023 (!) ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Mit der Wahl von Dr. Krey zum Bürgermeister wurde das Thema endlich Chefsache und ist, wie auch die Wirtschaftsförderung, in der Stabsstelle angesiedelt. Ziel muss es sein, medienbruchfreie Prozesse, digitale Genehmigungsplattformen und einheitliche Online-Lösungen einzuführen.

Städtischer CIO

„Digitale Souveränität“ bedeutet die Fähigkeit des Staates und seiner Organe, jederzeit digital kommunikations- und handlungsfähig zu sein. Dieses Thema ist derzeit aufgrund seiner geopolitischen Relevanz im Fokus von ausnahmslos allen öffentlichen Einrichtungen. Die gesamte Verwaltung ist abhängig von hauptsächlich amerikanischen Firmen, welche nach Belieben Preise und vor allem auch den Zugang diktieren und kontrollieren können.

Das Preisdiktat von Firmen wie Microsoft, IBM oder Cisco führt zu unangemessener Übervorteilung der öffentlichen Hand und so auch von Mühlheim. Ein städtischer CIO mit entsprechender Erfahrung und mit einem entsprechenden Netzwerk in der Branche wäre sicher in der Lage, die IT-Kosten auf der Einkaufsseite signifikant zu verringern.

Das Vorantreiben einer Open Source Strategie bei Dienstleistern wie der eKom21, am Beispiel von Schleswig-Holstein, wäre ein echtes Alleinstellungsmerkmal für Mühlheim - hessenweit!

Mühlheim könnte hier mit etwas Phantasie und Mut eine Vorreiterstellung in Hessens Kommunen einnehmen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen.

Daher sollte die Stadt in der nächsten Legislaturperiode einen „städtischen CIO“, zum Beispiel aus dem Kreise der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder, für diese Funktion benennen. Diese Person muss selbstverständlich überparteilich vorgeschlagen und gewählt werden, denn hier zählen ausschließlich Erfahrung, Kompetenz, Fachkenntnis und ein belastbares Netzwerk in Industrie und Politik - und nicht Parteiproporz.

Verkehr

Die FDP setzt sich dafür ein, dass den Menschen in Mühlheim ein hohes Maß an Mobilität gewährleistet wird. Dabei sind den Belastungen durch den Individualverkehr angemessene Grenzen zu setzen. Ziel ist für die FDP die Pflege, Erhaltung und - soweit erforderlich - Erweiterung eines effizienten, sicheren und umweltschonenden Verkehrsnetzes – gerade auch für Fußgänger und Radfahrer.

Dazu gehört, dass

- der öffentliche Personen-Nahverkehr weiter optimiert wird
- der Durchgangsverkehr wo immer möglich bürgerfreundlich beruhigt wird
- dennoch die Verkehrsströme so flüssig wie möglich gestaltet werden
- das Radwegenetz weiter ausgebaut, vernetzt und noch sicherer gestaltet wird.

B43

Mühlheim ist belastet durch eine Bahnlinie und zwei mal zwei Spuren B43. Außerdem sind unsere Stadtteile - je nach Anflughöhe - unterschiedlich vom Fluglärm betroffen. Vor diesem Hintergrund ist der Erhalt der Zweispurigkeit ein Anachronismus aus einer Zeit, in der es noch hieß "Freie Fahrt für freie Bürger".

Die FDP steht daher für den einspurigen Ausbau der B43 nach der grundhaften Sanierung durch Hessen-Mobil. Um den städtischen Haushalt nicht zu belasten, plädieren wir dafür, danach die Einspurigkeit mit Markierungen zu erreichen - genau so wie es jetzt Stand Herbst 2025 ist. D.h. Hessen Mobil saniert genauso, wie die Straße heute ist, die Markierungen können bei Bedarf durch Pflanzkübeln o.ä. ergänzt werden.

Der südliche Teil der B43 Richtung Hanau, welcher nach unserem Eindruck für Fußgänger, Radfahrer und Anwohner noch belastender ist, soll wie geplant den Radschnellweg FRM8 aufnehmen. Dazu ist die bestehende Beschlusslage zügig zu korrigieren.

Hopper

Der Hopper ist eine eitle Kopfgeburt und sollte schleunigst wieder abgeschafft werden.

- Er generiert pro Fahrt mind. 11 Euro Defizit aus Steuergeldern
- Die gerne angeführte Einsparung beim regulären Busverkehr ist marginal bis nicht existent.
- Private Anbieter werden verdrängt. Wenn sich der Kreis nicht besinnt und den Hopper abschafft, so ist unsere Forderung, die App auch für Drittanbieter zu öffnen.
- Der Hopper ersetzt Wege, die vorher zu Fuß oder per Fahrrad getätigt wurden.
- Der Bezahlvorgang ist mitunter für ältere Mitbürger umständlich (nur Kartenzahlung!).

Last but not least geht gut die Hälfte des Defizits der kvGO allein auf den Hopper zurück. Über die Kreisumlage müssen alle Kommunen - ob sie wollen oder nicht - ein ÖPNV Taxi finanzieren, welches niemals auch nur ansatzweise kostendeckend sein wird.

Mainquerung - Fähre

Wir wollten immer eine Fähre, schließlich stammt die Machbarkeitsstudie der BI Fähre in weiten Teilen von uns. Eine Fähre ist ein herrlicher Anachronismus in einer Zeit, in der gefühlt immer alles schneller gehen muss. Sie ist ein Stück Lebensqualität und nicht zuletzt auch eine Wirtschaftsrouten, die die beiden Ufer des Mains verbindet. Wir setzen uns daher für eine neue und umweltfreundliche Mainquerung ein.

Das im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellte und von den Stadtwerken beauftragte Gutachten weist bedauerlicherweise fachliche Mängel und wesentliche Lücken auf. Dieses Gutachten müsste - ungeachtet der Begeisterung, die es bei manchen politischen Akteuren ausgelöst hat - eigentlich für jeden Bürger ein Alarmsignal sein.

Das deutschlandweit standardisierte Verfahren, welches hier zum Einsatz kommt, ist offensichtlich nicht mit volkswirtschaftlichem Verstand, sondern mit ideologischer Absicht entwickelt worden. Anders ist nicht zu erklären, dass der "volkswirtschaftliche Nutzen" fast ausschließlich aus eingespartem CO₂ errechnet wird. Der volkswirtschaftliche Schaden, welcher im Autoland Deutschland durch nicht gebaute Fahrzeuge entsteht, hat bei den Gutachtern keine Relevanz. Tausende von Arbeitsplätzen gehen aktuell in der Automobilindustrie Deutschlands verloren und dieses Gutachten preist das als "volkswirtschaftlichen Nutzen". Eigentlich eine Schande!

Wir lehnen es daher ausdrücklich ab, die Beschaffung einer Fähre mit diesem ideologischen Unfug zu verbrämen. Eine Fähre kann es nur dann geben, wenn eine für alle auskömmliche Finanzierung gesichert und die Rekrutierung von qualifiziertem Personal abgeschlossen ist.

Da beides derzeit nicht absehbar ist, dient die Mainquerung bis auf weiteres ausschließlich manchem politischen Mitbewerber als Wahlkampfthema.

Lämmerspiel

Die Stadtteile Mühlheims haben einen sehr unterschiedlichen Anspruch an die Verkehrsanbindung. In Mühlheim und Dietesheim gibt es einen S-Bahn Anschluss, in Lämmerspiel nicht. Daher benötigen gerade in Lämmerspiel junge Familien oftmals zwei Fahrzeuge für ihren täglichen Mobilitätsbedarf. Dadurch entsteht ein höherer Parkraumdruck im Stadtgebiet, welchem alle aktuellen und zukünftigen Bauprojekte Rechnung tragen müssen. Aktuell wird das bei der Vermietung des Waitz-Geländes offensichtlich. Realistisch betrachtet, werden die zukünftigen Bewohner des Waitz-Geländes eher zwei als ein Auto ihr Eigen nennen.

Um die Menschen in Lämmerspiel für den ÖPNV zu begeistern, braucht es eine sehr enge Taktung des Busverkehrs mit der S-Bahn und einen sicheren kommunalen Radschnellweg von Lämmerspiel zum Bahnhof. Damit wollen wir ausdrücklich ÖPNV und Radverkehr fördern, eine einseitige Fixierung darauf lehnen wir grundsätzlich ab. Es gibt in einer alternden Gesellschaft nämlich eine steigende Zahl von Menschen, für die Rad, Bus und Bahn keine valide Option mehr ist.

Das Mainufer

Das Nebeneinander von Radverkehr, Fußgängern, Hundebesitzern, Joggern und Skatern, sowie Menschen, die einfach nur sonnenbaden wollen, ist seit Jahrzehnten ein am Mainufer

ungelöstes Problem. Die aufgestellten Schilder, welche um Rücksicht werben, sind zwar nett, verfehlen aber ihren Zweck. Die mit Abstand größte Gefahr für die körperliche Unversehrtheit aller Nutzer des Uferweges ist offensichtlich die kleine Gruppe von unverantwortlich schnell fahrenden Radfahrern. Diese kommen von irgendwoher aus der Region, sind in Mühlheim nur auf der Durchreise und machen aus unseren Mainauen eine Rennbahn. Wir von der FDP sind der Meinung, dass dem auf Mühlheimer Gemarkung endlich mit angemessenen Maßnahmen Einhalt geboten werden muss! Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Kinder ständig von unangepasst schnell fahrenden Radfahrern gefährdet werden, die unsere Mainauen als ihr natürliches Habitat begreifen. Dies kann man mit baulichen Maßnahmen (Rüttelstreifen o.ä.) forcieren, aber auch mit kontinuierlichen Kontrollen durch die Stadtpolizei – auch an den Wochenenden! Wer auf dem Rad rasen will, der soll auf der B43 fahren!

Natur, Umwelt, Klima und PV Anlagen

Umwelt- und Klimaschutz gelingt nur marktwirtschaftlich

Natur- und Umweltschutz verbinden die Nutzung der Umwelt durch den Menschen mit dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Artenvielfalt. Die Geschichte artenreicher Kulturlandschaften zeigt, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen, sondern zusammengehören. Eine lebenswerte Umwelt kommt bei uns Freien Demokraten immer an erster Stelle. Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass man ein umweltbewusstes Handeln nicht durch Gängelung, Reglementierung und Verteuerung auf der einen Seite und durch absurde Subventionierungen auf der anderen Seite erreichen kann.

Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft unserer Kinder durch nachhaltiges Wirtschaften sichern, unsere Ressourcen verantwortungsvoll nutzen und schonend mit unserer Umwelt umgehen. Daher sollte Mühlheim das Ziel verfolgen, bei städtischen Liegenschaften so schnell wie möglich klimaneutral zu werden. Dies liegt auch im ureigensten wirtschaftlichen Interesse.

Für uns Freie Demokraten beginnt Klimaschutz vor der eigenen Haustür. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, den „menschlichen Fußabdruck“ auf unserem Planeten so gering wie möglich zu halten. Dabei setzen wir auf neue Technologien, die es heute schon gibt und an denen vielerorts auch heute schon geforscht wird..

Eine Freifeld PV Anlage im Augenwaldgebiet lehnen wir derzeit ab. Im Eigenbetrieb würden die langfristigen Lieferverträge der Stadtwerke uns auch dann noch zwingen, Strom abzunehmen, wenn die Freifeld-Anlage Strom im Überfluss liefert. Ein Fremdbetrieb wäre ein Verbrauch von Fläche bei gleichzeitigem geringen Nutzen für die Stadt. Daher befürworten wir PV auf jedes Dach unserer kommunalen Gebäude, auch gerne in Partnerschaft mit den Stadtwerken.

Wir Freie Demokraten sind grundsätzlich für jede Idee und jede Technologie offen, die bei ökonomischer Sinnhaftigkeit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Dies gilt natürlich insbesondere für den Verkehr. Durch die Förderung des Bundes in die batterieelektrischen Antriebe entsteht auch für Mühlheim ein merklicher Innovationsdruck! Die überschaubare Anzahl an öffentlichen Ladestationen in Mühlheim ist ein sichtbarer Ausdruck dafür. Auch wird ein massiver Ausbau der benötigten Hausanschlüsse notwendig sein.

Freizeit und Sport

Die Lebensqualität der derzeitigen und zukünftigen Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger definiert sich in weiten Teilen durch die herausragende Lage am Fluss, das einmalige Naherholungsgebiet, sowie die große Zahl an unterschiedlichen Angeboten im Bereich Freizeit und Sport. Dabei leisten speziell die Mühlheimer Vereine eine herausragende Arbeit.

Dies gilt es zu erhalten und weiter zu verbessern. Wir wollen, dass auch zukünftig die Vereine bei Ihren Projekten und Vorhaben tatkräftig und finanziell unterstützt werden können. Die beiden Mühlheimer Bäder sind wichtige Orte für Freizeit- und Breitensport und müssen auf jeden Fall erhalten und gefördert werden.

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass in der Vergangenheit weniger mehr gewesen wäre. Ob der Ausbau von drei Kunstrasenplätzen wirklich notwendig war, darf stark bezweifelt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch der Sportstätten-Entwicklungsplan zu betrachten. Vorrang müssen die städtischen Liegenschaften, wie z.B. die Schwimmbäder, haben.

Bildung, Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Von der Kita bis zur Hochschule müssen junge Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt leben zu können. Bildung bedeutet, die Freiheit zu haben, sein Leben zu gestalten. Bildung ist daher das wichtigste und einzige Kapital unserer Gesellschaft. Bildung und Wissen sind letztlich auch die einzigen Größen, die unendlich wachsen können, ohne nur endlich verfügbare Ressourcen zu verbrauchen. Der konsequente Aufbau einer Bildungsgesellschaft, der alle Bevölkerungsschichten einbezieht, sichert daher nachhaltig den Wohlstand aller.

Ziel der FDP ist es, jeden nach seinen Fähigkeiten und Begabungen optimal zu fördern. Bildung und Erziehung unserer Kinder beginnt von Anfang an und ist zuerst Aufgabe der Eltern. Um sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, sollen Familien auf ein breites Angebot von Krippen und Kindertagesstätten zur Betreuung der unter und über Dreijährigen zurückgreifen können. Schulen und weitere städtische Bildungsangebote wie die Musikschule und die Stadtbücherei sollen unseren Kindern mit ihren individuellen Lernvoraussetzungen, ihrer Persönlichkeit und ihrem jeweiligen Entwicklungsstand optimale Lernvoraussetzungen bieten. Die Möglichkeiten der Betreuung der Grundschüler nach dem regulären Unterricht sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kinder sind die Zukunft unseres Landes und unserer Stadt. Daher sind wir grundsätzlich dafür, alle Betreuungseinrichtungen für Kinder so günstig wie möglich anzubieten. Die Eltern sind, speziell bei Sonderwünschen, angemessen zu beteiligen.

Wir treten dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche auch nach dem Wechsel in weiterführende Schulen ein attraktives Angebot besteht, um sich in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen unter fachlich geschulter Anleitung weiterzuentwickeln. Dabei kommt dem städtischen Jugendzentrum besondere Bedeutung zu. Die offene Jugendarbeit soll mit den Angeboten der Kirchengemeinden, der Vereine und gegebenenfalls der Nachbarstädte abgestimmt werden. Durch Kooperationen und gegenseitige Ergänzungen bei den Angeboten sollen Jugendliche aller Altersgruppen erreicht werden und auf Möglichkeiten stoßen, in der Freizeit ihren Interessen und Hobbies in Mühlheim nachgehen zu können. Das JUZ soll die Mittel bekommen, die es für eine gute Jugendarbeit braucht.

Vereine, Bürgerengagement und Ehrenamt

Für die FDP gehören Engagement und Mitwirkung möglichst vieler Bürger zu den Elementen, die das Leben in der Stadt lebenswert machen. Die Stadtverwaltung ist hier durch den Fachbereich IV ohne jeden Zweifel sehr gut aufgestellt. Diese Beteiligung am Zusammenleben im Gemeinwesen verdient Anerkennung; sie muss weiter gestärkt und gefördert werden. In der Praxis hat sich dieses Engagement in vielfältiger Weise bewährt, in Vereinen aller Art, den Kirchengemeinden, der Freiwilligen Feuerwehr und in der Vergangenheit auch in Bürgerinitiativen.

Die FDP unterstützt alle vernünftigen Maßnahmen, welche geeignet sind, das Engagement von Bürgern zu stärken und zu würdigen.

Integration Inklusion Gleichstellung

Wer hier lebt, soll dazugehören – mit allen Rechten, Pflichten und Chancen. Es braucht schnellen Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnraum. Wir setzen auf dezentrale Unterbringung und Spracherwerb, weil Integration nur gelingt, wenn sie im Alltag stattfindet. Das Beste für Menschen, die aus Krisengebieten fliehen mussten und für die Mühlheimer Gesellschaft ist eine gelungene Integration!

Integration gelingt umso erfolgreicher, wenn nicht zu viele Menschen aufzunehmen sind. Die FDP in Mühlheim steht weiterhin zum "Sicheren Hafen", aber wir sollten möglichst nicht mehr Geflüchtete aufnehmen, als es dem bundesweiten Schlüssel entspricht.

Zudem wollen wir das Miteinander vor Ort stärken. Begegnung und Austausch schaffen Verständnis und Vertrauen. Deshalb unterstützen wir ehrenamtliche Integrationsprojekte, Vereine, Sportinitiativen und kulturellen Austausch – überall dort, wo Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gemeinsam etwas bewegen wollen. Unser Ziel ist eine weltoffene Stadt, in der Vielfalt als Stärke gelebt wird - auf der festen Basis gemeinsamer Regeln, Werte und Verantwortung.

Integration - fördern und fordern

Wir Freien Demokraten in Mühlheim am Main bekennen uns zu einer Integrationspolitik, die Chancen eröffnet aber auch klare Erwartungen formuliert.

Integration ist keine Einbahnstraße: Wer dauerhaft in Deutschland leben möchte, muss sich aktiv um Teilhabe bemühen, unsere Gesetze achten und selbstverständlich die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen. Unsere Gesellschaft lebt von Zusammenhalt.

Zur erfolgreichen Integration gehören Sprache, Bildung und Erwerbstätigkeit. Dazu gehören verpflichtende Sprachkurse ab dem ersten Tag, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Kinder mit Migrationsgeschichte müssen frühzeitig durch gezielte Sprachförderung in Kitas und Schulen Unterstützung erfahren. An Schulen mit besonders hohem Integrationsbedarf braucht es exzellent ausgebildetes pädagogisches Personal sowie enge Zusammenarbeit mit den Eltern.

Auch berufliche Integration ist zentral. Hierbei ist eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von hoher Bedeutung, um einen schnellen Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Gleichzeitig braucht es verpflichtende Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration in die Erwerbstätigkeit.

Integration bedingt ausnahmslos die Akzeptanz unserer Werte der Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheiten und das Recht auf individuelle Selbstbestimmung. Wer diese Grundprinzipien ablehnt oder bekämpft, wer Frauenrechte mit Füßen tritt oder religiösen Fanatismus verbreitet, kann nicht Teil unserer offenen Gesellschaft sein.

Sicherheit und Ordnung

Für uns Freie Demokraten ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit eine der zentralsten Aufgaben des Staates. Die Garantie von Sicherheit als Ermöglichung von Freiheit und zur Schaffung von Freiräumen ist die unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das gilt selbstverständlich gerade auf der Ebene der Städte und Gemeinden. In Mühlheim muss sich jeder sicher fühlen können. Diese Sicherheit zu schaffen und dauerhaft zu sichern, liegt in der besonderen Verantwortung der Politik.

Wir haben nicht zu weiche Gesetze, sondern zu wenig Vollzug und Prävention. Daher setzen wir uns für eine bessere Ausstattung der Polizei durch das Land und bei uns vor Ort der Ordnungsbehörde und der Streetworker zur Kriminalitätsprävention ein. Wir wollen ein sicheres Mühlheim. Dazu zählt vorrangig auch die finanzielle und materielle Ausstattung unserer Feuerwehr!